

Volks-Zeitung

erschienen täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentlich oder M. 1.30 monatlich...

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-8, Frankf. Allee 288, Frankf. Allee 246, Gr. Frankf. Str. 101, Greifsw. Str. 127, Schöneberg, Allee 144, Schöneberg 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 133, Badstr. 61, Königstr. 66-67, Rosenthal, Str. 45, Rathenow...

Für Vaterland und Freiheit.

Vor der Entscheidung.

Der Tag der Entscheidung steht unmittelbar bevor. Ueber seine Bedeutung muß sich jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau im klaren sein.

Die Deutsche demokratische Partei darf von sich behaupten, daß sie mit einem klaren und ehrlichen Programm vor die Wähler getreten ist.

Wir hoffen es! Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß nur die Politik der Deutschen demokratischen Partei unser Vaterland zu ruhigem Wiederaufbau führen kann.

Die Deutsche demokratische Partei steht auf dem Boden der Republik. Sie will sie schützen gegenüber allen Versuchen, die gefährlichen Gewalten wieder herzustellen.

Die Deutsche demokratische Partei steht treu zum deutschen Vaterlande. Wie sie in den letzten Wochen den polnischen Annahmungen scharf gegenübergetreten ist...

Die deutsche Nationalversammlung wird die deutsche Verfassung, sie wird den Frieden beschließen, Aufgaben, über deren Bedeutung auch nur noch ein Wort zu verlieren, lächerlich anmuten würde.

Die Entscheidung ruht in der Hand der Wähler, in der Entscheidung aller deutschen Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren.

Das Wahlrecht der Soldaten.

Allerlei Fragen.

Ueber die Wahlmöglichkeit der Soldaten und über die Wahl bei Veränderung des Wohnortes innerhalb der Wahlzeit herrscht noch vielfach Unklarheiten.

Das „Reichsgesetzblatt“, Jahrgang 1918, Nr. 167, sagt in § 3: Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen.

Im § 9 ist bestimmt: Ueber die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Januar oder Februar 1919 aus dem Felde heimkehren, ergeht eine besondere Verordnung.

Am 14. Januar 1919 ist dann folgende Ergänzung festgesetzt worden: Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 19. Januar 1919 zur Bewachung von Wahlräumen kommandiert sind...

Das Wahlrecht kann von ihnen auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompanieführers ausgestellt wird.

Nach dem Ablauf der Ausgegriest können in die Wählerliste Wahlberechtigte nur in Gelebigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden.

Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt seinen Wohnsitz nach einem anderen Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Wahlbezirktes auf Grund einer Hierüber von der Gemeindebehörde auszufüllenden Bescheinigung im Wahlbezirk seines neuen Wohnsitzes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß jeder Wähler, auf den diese Bestimmungen Anwendung finden, sich rechtzeitig mit ihrem Inhalt vertraut macht, denn es kommt auf jeden Mann an.

Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei

in Groß-Berlin sind:

Für Stadt Berlin:

- 1. Dr. Friedrich Kautmann.
2. Arbeitersekretär Gustav Hartmann.
3. Dr. Marie Elisabeth Widors.
4. Dr. Otto Frensel.
5. Lehrer Albert Vorchardt.
6. Justizrat Dr. Marwit.
7. Handlungsgehilfe Hugo Sommer.
8. Obermeister Rettig.
9. Anna Schulze.
10. Dr. Apt.
11. Frau Anita Runge.
12. Stadtrat Wöhring.
13. Assistent Max Radfen.
14. Stadtverordneter Hilbrandt.

Für Zeltow-Beetzow, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Bilmersdorf:

- 1. Staatssekretär a. D. Dr. Bernhard Dernburg, Berlin-Grünwald.
2. Hauptgeschäftsführer Otto Ruchsch, Berlin-Steglitz.
3. Frau Elly Heuß-Knapp, Schöneberg.
4. Privatangestellter E. Rich, Schöneberg, Berlin-Steglitz.
5. Gemeindevorsteher Gustav Hubert, Königswusterhausen.
6. Lokomotivführer Ernst Gröndel, Charlottenburg.
7. Buchdrucker Max Rob, Neukölln.
8. Frau Regine Deutsch, Berlin-Wilmersdorf.
9. Stadtverordneter, Reichst. Karl Wenzel, Charlottenburg.

Für Niederbarnim:

(Wahlkreise Potsdam 1-9)

- 1. Dr. Hermann Pashende, Schriftsteller.
2. Ernst Kemners, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.
3. Richard Wöcher, Landwirt, Reichhof bei Prignitz.
4. Fr. Gise Fisch, Telegraphenbeamtin, Brandenburg (Havel).
5. Hermann Steinweg, Malermeister, Prenzlau (R.-M.).
6. Karl Kennes, Justizrat, Potsdam, Am Kanal 57.
7. Gustav Erdmannsdorfer, Schriftsteller, Charlottenburg.
8. Erich Jacobit, Privatangestellter, Frohnau (Mark).
9. Dr. Max Andler, Bauerngutbesitzer, Frieelow.
10. Georg Graf, Diplom-Ingenieur, Pantow.

Jeder Stimmzettel, der auch nur einen Namen aus einer anderen Liste enthält, ist ungültig.

Die Wahlbewegung im Reich.

München, 17. Januar. (Privat.)

Mit welchen Mitteln das Zentrum bei den Wählern arbeitet, dafür hier ein charakteristisches Beispiel: In dem idyllisch gelegenen Orte Lautrach bei Memmingen befindet sich eine Anstalt für geistig Zurückgebliebene, die von Franziskanerinnen geleitet wird.

Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen Groß-Häringsen beschloffen eine Verbindung ihrer Listen.

Wagdenburg, 16. Januar. (Privat.)

Die Wahl zur Nationalversammlung durch einen Generalstreik zu verhindern, beabsichtigt die allersüdtlichste Partei in Wagdenburg hin und wieder alle verändernden Spartakusleute.

Die Reaktionen können anscheinend nur noch hoffen, auf dem Wege der Schwerindustriellen „Deutschen Volkspartei“ behauptet, daß auch von Vertretern der demokratischen Parteien gefordert würde: „Anstellung auf kurzfristige Kündigung, Auswahl der Beamten nach ihrer politischen Gesinnung.“

Gundertausende von Beamten in ihren Reihen, die Kandidaten der Partei an ersten Stellen ihrer Listen bürgen dafür! Kein Beamter wird auf solch niederträchtigen Wahlschwindel hineingefallen.

Der Fall Liebknecht-Luxemburg vor den Soldatenräten.

Bei Beginn der gestrigen Sitzung im Abgeordnetenhaus gedachte der Vorsitzende Richnow des tragischen Endes von Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Brutus Mollenhuth gab dann den Bericht des Vollzugsrats über die Verhandlungen mit dem Oberbefehlshaber Roske über die in der letzten Sitzung angestellten Fragen der Berliner Sicherheitstruppen.

Die Entwaffnung der Berliner Bevölkerung

soll reiflos erfolgen und sich auch auf die Offiziere erstrecken, die nicht im Dienst der Regierungstruppen stehen. Die von einzelnen Soldaten bei der Entwaffnung begangenen Uebertretungen sollen künftig dadurch vermieden werden, daß die Durchsuchung von Wohnungen nur durch mit Ausweisen versehenen Personen vorgenommen werden darf.

Der frühere Adjutant bei der Berliner Kommandantur Fischer entschuldigte dann die Abwesenheit des Volksbeauftragten Roske.

Dringende Aufgabe als Pflicht

zu erfüllen. Wenn die reiflose Durchführung der Entwaffnung von der revolutionären Arbeiter ergeben, sie sollten ihre Waffen festhalten, wie das bereits geschehen ist.

Der frühere Adjutant bei der Berliner Kommandantur Fischer entschuldigte dann die Abwesenheit des Volksbeauftragten Roske.

Loth (M. S.) vom Zentralrat der Marine verlas die Aussage eines nicht genannten Soldaten, der als Augenzeuge beobachtet haben will, daß

bei der Ermordung Rosa Luxemburgs gar keine Zivilisten beteiligt waren, sondern daß Rosa Luxemburg von einem Soldaten mit dem Gewehr niedergeschlagen und dann von einem anderen Soldaten, „wahrscheinlich einem Chargierten“ erschossen worden sei.

Prolat vom Vollzugsrat bedauert, daß Loth nur auf die obersten Vorgänge, nicht aber auf die Vorgänge der Spartacus-Woche eingegangen sei.

Prolat vom Vollzugsrat bedauert, daß Loth nur auf die obersten Vorgänge, nicht aber auf die Vorgänge der Spartacus-Woche eingegangen sei.

einen Zwischenfall

unterbrochen. Der Vorsitzende erklärte, ihm sei eben mitgeteilt worden, daß Leute vom Regiment Reinhard mit einem Fahnenzug gegen das Vorstandsmitglied Wich im Anzuge seien.

Nach langer Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichten, die Regierung bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung, der Sicherung der Nationalversammlung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Nach langer Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichten, die Regierung bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung, der Sicherung der Nationalversammlung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen.